

PROGNOSEN ZUR RÄUMLICHEN ENTWICKLUNG ÖSTERREICHS UNTER DEN NEUEN BEDINGUNGEN DER OFFENEN GRENZEN GEGENÜBER DEN STAATEN IM ÖSTLICHEN MITTELEUROPA

Eduard KUNZE, Wien*

mit 2 Tab. im Text

INHALT

1.	Einleitung	143
2.	Ergebnisse zurückliegender Prognosen vor der Ostgrenzöffnung	144
3.	Die neue regionale Bevölkerungsvorausschätzung bis 2011	145
4.	Prognostizierte Auswirkungen auf den Wohnungsmarkt bis 2011	148
5.	Szenarien für den österreichischen Fremdenverkehr bis 2000	149
6.	Annahmen zur künftigen Verkehrsentwicklung	150
7.	Konzepte zur Entwicklung der österreichischen "Ostgrenzregionen"	152
8.	Schlußbemerkungen	156
9.	Literaturverzeichnis	157
10.	Summary	157

1. EINLEITUNG

Österreichs Lage innerhalb Europas war bis in die achtziger Jahre durch offene Grenzen im Westen (gegenüber den EG-Staaten Italien und der Bundesrepublik Deutschland sowie den EFTA-Staaten Schweiz und Liechtenstein) und im Osten durch den "Eisernen Vorhang" (gegenüber den sozialistischen RGW-Staaten der Tschechoslowakei, Ungarn und Jugoslawien) geprägt. Während gut vier Jahrzehnten führten diese politischen Voraussetzungen zu einer intensiven Orientierung der Wirtschaftsbeziehungen Österreichs mit der "westlichen" Welt, wengleich die heimische Wirtschaft in West- und Ostösterreich regional unterschiedliche Zugangsbedingungen zu diesen Märkten erhielt; viele der peripheren Gebiete entlang der Staatsgrenze in Ostösterreich litten die längste Zeit unter einer zu geringen Entwicklung (ÖROK 1975 und 1978).

* Wirkl.Hofrat Dr. Eduard Kunze, Geschäftsführer der Österreichischen Raumordnungskonferenz, A-1010 Wien, Annagasse 5

Österreich war schon seit vielen Jahren bemüht, den Eisernen Vorhang durchlässiger zu machen, die Barrierewirkung der Grenzräume zu mildern und durch seine Neutralität eine Brückenfunktion zwischen West und Ost innerhalb Europas auszuüben, wobei Wien als eine Drehscheibe besondere Chancen nützen konnte. Auf der anderen Seite reduzierten Jugoslawien und später auch Ungarn ihre Politik zur Abschottung gegenüber dem Westen. So kamen schon in den sechziger Jahren viele Gastarbeiter nach Österreich, und Jugoslawien selbst wurde zu einem bedeutenden Zielland der österreichischen Touristen. Im Jahre 1986 liberalisierte dann Jugoslawien den an sich schon einfachen Grenzübertritt für Österreicher. Ungarn folgte im Jahre 1988 und hob den Visumzwang für einreisende Österreicher auf. Ein Jahr später öffnete Ungarn die Grenze gegenüber Österreich für zehntausende Flüchtlinge aus der damaligen Deutschen Demokratischen Republik und setzte damit den politischen Umsturz in Osteuropa in Gang.

Ab dem Jahre 1989 bestehen nun neue Möglichkeiten einer internationalen Verflechtung zwischen Österreich und seinen "östlichen" Nachbarstaaten und zwar nicht nur im Bereich des Gütertauses, im Tourismus oder in Wissenschaft und Kultur, sondern auch seit langem wieder hinsichtlich einer verstärkten Einwanderung nach Österreich.

Welchen Einfluß diese neuen Möglichkeiten auf die räumliche Entwicklung von Österreich haben werden, ist für eine vorausschauende Regionalpolitik eine wichtige Frage. Um eine Vorstellung über deren regional differenzierte Größenordnungen zu gewinnen, wurden im Auftrage der Österreichischen Raumordnungskonferenz (ÖROK) und von anderen Institutionen verschiedene prognostische Untersuchungen durchgeführt. Über deren wichtigste Ergebnisse wird im folgenden referiert.

2. ERGEBNISSE ZURÜCKLIEGENDER PROGNOSEN VOR DER OSTGRENZÖFFNUNG

Die Bevölkerungsprognose 1990 der ÖROK (ÖROK 1990) ging noch von den politischen Verhältnissen in Europa vor der großen Wende aus und nahm an, daß im Prognosezeitraum der Saldo der Ein- und Auswanderung praktisch zu vernachlässigen wäre (jährlich 1.000 Personen). Deshalb wurde die weitere Bevölkerungsentwicklung aus der Dynamik der Geburtenbilanz und den innerstaatlichen Wanderungsbewegungen abgeleitet. Die Prognose rechnete daher mit einer weitgehend konstanten Bevölkerungszahl in Österreich bis zum Jahre 2011, wobei sich innerhalb Österreichs das demographische West-Ost-Gefälle bis dahin weiter abgeschwächt und eine allgemein zunehmende Überalterung zur Folge hätte.

Im Detail wurde erwartet, daß die Fruchtbarkeitsziffern leicht ansteigen und sich weiter regional ausgleichen werden, der internationale Wanderungsgewinn (+ 1.000 pro Jahr) und die durchschnittliche Lebenserwartung sich erhöhen und die Zahl der Vorschulpflichtigen um 18 % und die Zahl der Schulpflichtigen um 28 % abnehmen würde.

Weiters wurde erwartet, daß die Zahl der Erwerbsfähigen konstant bleiben und die Zahl der älteren Menschen um 26 % zunehmen werden. Die Bevölkerungsverluste in Ostösterreich (= Bundesländer Burgenland, Niederösterreich und Wien) sowie in Südösterreich (= Bundesländer Kärnten und Steiermark) werden ebenso geringer sein, als jene in Wien und in anderen österreichischen Großstädten; die zentralen und die peripheren Bezirke Westösterreichs (= Bundesländer Salzburg, Tirol und Vorarlberg) werden Zunahmen, die peripheren Bezirke im Osten Abnahmen verzeichnen. Schließlich wurde erwartet, daß das Erwerbspotential in den Großstädten weiter abnehmen und jenes der Umlandbezirke zunehmen wird, was eine weitere Steigerung der Pendelwanderung bewirkt hätte.

Die Prognose der Berufstätigen (ÖROK 1990) ergab aufgrund der angenommenen steigenden Frauenerwerbsquoten eine Verschärfung des West-Ost-Gefälles innerhalb Österreichs und zwar Zunahmen zwischen 1981 und 2011 um 16 % in Westösterreich und 6 % in Oberösterreich gegenüber Abnahmen in Südösterreich um 4 % und in Ostösterreich um 6 %. Die Spannweite auf Bezirksebene reicht von +41 % im Bezirk Salzburg-Umgebung bis -29 % im Bezirk Leoben.

Für die Arbeitsmarktentwicklung bis 2001 wurde eine eigene Prognose erstellt (ÖROK 1989). Sie basiert auf drei Hauptvarianten. Für Österreich ergab sich daraus eine unterschiedliche Steigerung des Arbeitsplatzdefizits um 0 - 4 %. Auch hier zeigte sich ein ausgeprägtes West-Ost- sowie Nord-Süd-Gefälle: Die alten Industriegebiete und die peripheren ländlichen Gebiete wurden als Hauptproblemgebiete bezeichnet, während in den Großstadt-Umland-Gebieten die günstigste Entwicklung bei weiterer Ausweitung des Berufsverkehrs erwartet wurde.

In einer speziellen regionalen Haushaltsprognose (ÖROK 1988) wurde bis zum Jahre 2011 eine Zunahme der Privathaushalte um 18 % ermittelt, verursacht durch den Rückgang der durchschnittlichen Haushaltsgröße von 2,7 auf 2,3 Personen und einem steigenden Anteil der Zwei-Personen-Haushalte von 26 auf 39 %. Die Werte schwanken auf der Bundesländerebene mit einer Bandbreite von +44 % in Vorarlberg und -11 % in Wien besonders stark. Für die Großstädte wurde eine rückläufige Entwicklung von -7 % ermittelt, für die Stadt-Umland-Bereiche, aber auch für die peripheren Gebiete Zuwächse bis 50%.

3. DIE NEUE REGIONALE BEVÖLKERUNGSVORAUSSCHÄTZUNG BIS 2011

Unabhängig von den politischen Umwälzungen in Osteuropa ergab sich Mitte der achtziger Jahre eine bemerkenswerte Veränderung in den demographischen Trends der österreichischen Bevölkerung. Der lang anhaltende Rückgang der durchschnittlichen Kinderzahl pro Frau kehrte sich in eine Zunahme um. Auch verstärkte sich um diese Zeit bereits die Zuwanderung aus dem Ausland. 1988 begann die Welle der (legalen oder illegalen) Zuwanderung aus "Osteuropa", zuerst aus Polen, dann aus Ungarn, der

Tschechoslowakei (besonders aus der Slowakei) und mit dem Zerfall von Jugoslawien durch zehntausende Flüchtlinge aus Kroatien und von Bosnien-Herzegowina. Auch übersiedelten mehr Österreicher ins westliche Ausland. Zwischen 1989 und 1991 wuchs Österreichs Wohnbevölkerung um rund 240.000 Personen allein durch Zuwanderung.

Um die regionalen Auswirkungen dieser neuen Entwicklungen besser abschätzen zu können, wurde das Institut für Demographie der Österreichischen Akademie der Wissenschaften beauftragt, eine Neuberechnung der regionalen Bevölkerungsvorausschätzung (ÖROK 1991b) vorzunehmen und dabei die geänderte geopolitische Lage Österreichs in Mitteleuropa und die Auswirkungen eines EG-Beitrittes Österreichs zu berücksichtigen. Sechs Szenarien wurden berechnet:

- I Prosperität in Österreich und Destabilisierung in postsozialistischen Staaten (jährliche Nettozuwanderung: +50.000)
- II Prosperität in Österreich und Stabilität und ökonomischer Aufholprozeß in den zentral- und osteuropäischen Reformstaaten (ZOR-Staaten) (jährliche Nettozuwanderung: +25.000)
- II K Annahmen wie Szenario II, jedoch mit der zusätzlichen Annahme, daß in den frühen neunziger Jahren aus politischen Gründen im Saldo 150.000 Einwanderer auf einmal kommen ("Katastrophen-Szenario")
- III langfristige wirtschaftliche Stagnation Österreichs, Destabilisierung von Teilen Mittel-Ost-Europas (jährliche Nettozuwanderung: +15.000)
- IV wirtschaftliche Stagnation in Österreich; ökonomische Stabilisierung in postsozialistischen Staaten (jährliche Nettozuwanderung: + 5.000 Personen)
- 0 Entwicklung der Wohnbevölkerung ohne Wanderung

Aufgrund dieser Annahmen könnte die Bevölkerungszahl Österreichs (1991: 7,8 Mill.) in 20 Jahren zwischen 8,4 und 7,8 Mill. Einwohner betragen und sich bis zum Jahre 2031 auf eine Bandbreite von 9,5 bis 7,4 Mill. Einwohner erweitern. Im Westen Österreichs wird die Einwohnerzahl auf jeden Fall wachsen, die Bandbreite schwankt zwischen +43 % und +10 %. Die Auswirkungen auf die Ostregion hängen besonders vom Ausmaß der Einwanderung ab. Die Entwicklungsperspektiven schwanken zwischen +25 % und -10 %. Südösterreich wird von der internationalen Zuwanderung am wenigsten profitieren; Geburtendefizite und Abwanderung lassen Bevölkerungsverluste von -3 % bis -11 % erwarten. Großstädte und zentrale Bezirke werden entsprechend den Prognoseergebnissen bis 2011 Bevölkerungszunahmen verzeichnen (+5 %); in den peripheren Bezirken tritt der Trendwechsel zu Bevölkerungsverlusten umso früher ein, je weniger die internationalen Wanderungsgewinne ausgeprägt sein werden. Die aktuelle Entwicklung zeigt bereits, daß ein Großteil des internationalen Wanderungsgewinnes auf die Ostregion und insbesondere auf Wien entfällt. Dementsprechend ergeben sich für Wien die stärksten Korrekturen in der Bevölkerungsprognose (von der Abnahme zur Zunahme um rund 6 %).

Zur Altersstruktur stellte die Prognose fest, daß auch starke Zuwanderung den demographischen Alterungsprozeß nicht aufhalten, sondern nur verzögern kann. So geht der Anteil der Kinder und Jugendlichen je nach Szenario bis 2011 von 17,6 % auf 15,9 % bis 15,1 %, bis 2031 auf 15,0 % bis 14,0 % zurück, jener der Personen im Haupterwerbsalter (15 bis 60 Jahre) bis 2011 von 62 % auf 61,6 bis 61,0 % bzw. bis 2031 von 55,9 bis 53 % zurück. Der Anteil der älteren Menschen wird dagegen bis 2011 von 20,4 % auf 22,5 % bis 23,9 % bzw. bis 2031 von 29,2 % bis 33 % ansteigen. Der Ausgangspunkt der bevorstehenden Alterung ist aber regional sehr verschieden. Während gegenwärtig in Westösterreich nur 17 % ältere Menschen leben, sind es in Südösterreich 20 % und in Ostösterreich 23 %. In Zukunft wird die Zahl der älteren Menschen vor allem in Westösterreich drastisch ansteigen (bis +50 %), während die Zuwächse in Ost- und Südösterreich deutlich geringer sein werden (+10 bis 20 %). Die Bevölkerung der peripheren und zentralen Bezirke wird stärker altern als die der Großstädte. Letztere werden am Ende des Modellrechnungszeitraumes den niedrigsten Altersanteil haben.

Das Angebot an Arbeitskräften in Österreich, das 1991 3,5 Mill. Personen umfaßte (2,9 Mill. Inselbständige, 0,42 Mill. Selbständige und 0,17 Mill. Arbeitslose), wird bis zum Jahre 2001 auf 3,89 bis 3,66 Mill. steigen. Danach wird die Zahl der Erwerbstätigen mit Ausnahme von Szenario I bis zum Jahre 2031 auf 3,44 bis 2,96 Mill. absinken. Bei Szenario I würden 2031 4 Mill. Menschen erwerbstätig sein. Die geschätzte Zu- bzw. Abnahme des Arbeitskräfteangebotes ist kleiner als die absehbare Veränderung der Gesamtbevölkerung. Eine verstärkte Zuwanderung wird aber auf dem Arbeitsmarkt einen geringeren Anpassungsdruck erzeugen als in anderen Bereichen (z.B. Wohnungsbedarf, Bildungszugang, soziale Integration). Nur bei sehr starker Zuwanderung müßte künftig mit höheren Arbeitslosenraten gerechnet werden. In Westösterreich wird ein beträchtliches Wirtschaftswachstum notwendig sein, um die Zahl der Arbeitslosen möglichst klein zu halten. In Ostösterreich würde dagegen das Arbeitskräfteangebot ohne Zuwanderung schrumpfen. Hier ist eine jährliche Nettozuwanderung von österreichweit +25.000 notwendig, um die Zahl konstant zu halten (= Szenario II).

Aktuelle Daten zum österreichischen Arbeitsmarkt zeigen, daß die Zahl der unselbständigen Beschäftigten im Jahre 1991 mit knapp unter 3 Mill. einen neuen Höchststand erreicht hat, wobei der Zuwachs seit 1988 6,8 % oder 190.000 betrug. Im selben Zeitraum nahm die Ausländerbeschäftigung um 77 % von 115.000 auf 266.000 Arbeitnehmer zu, wobei die östlichen und südlichen Bundesländer überdurchschnittliche Zunahmen ausweisen. Die Zahl der Arbeitslosen stieg in diesem Zeitraum um 17 % auf 185.000. Überdurchschnittliche Zuwächse wurden neben Vorarlberg vor allem in Wien und Niederösterreich festgestellt. Die Länderwerte zeigen, daß nur in Wien eine hohe Ausländerbeschäftigung mit überdurchschnittlicher Arbeitslosigkeit korreliert, das heißt, daß ein Verdrängungswettbewerb daher eher nur regional oder lokal begrenzt stattfindet. Bemerkenswert ist, daß in der Reihung der beschäftigten Ausländer nach ihrer Staatszugehörigkeit nach Jugoslawien (128.000), Türkei (54.500) und Deutschland (13.500) bereits die mittel- und osteuropäischen Reformstaaten Polen (11.400), Ungarn (9.200), Tschechoslowakei (8.800) und Rumänien (8.300) folgen.

4. PROGNOTIZIERTE AUSWIRKUNGEN AUF DEN WOHNUNGSMARKT BIS 2011

Entsprechend den Prognoseergebnissen (ÖROK 1991b) standen auf dem österreichischen Wohnungsmarkt 1989 für 2,88 Mill. Haushalte 3,3 Mill. Wohnungen zur Verfügung. Die Zahl der Haushalte und Wohnungen stieg seit 1961 mit +25 % bzw. +50 % wesentlich rascher als die Gesamtbevölkerung. Dennoch suchen derzeit in Österreich 190.000 Haushalte mit ca. 400.000 Personen eine Wohnung (geschätzter Fehlbestand: 130.000 bis 170.000 Wohnungen). Hauptursache für das rasche Wachstum des Wohnungsbestandes sind die Verkleinerung der Haushalte sowie die Zunahme an Zweitwohnsitzen und touristisch genutzten Ferienwohnungen. Ursachen für den Nachfrageüberhang sind weiters die rückläufige Neubautätigkeit (insbesondere bei Miet- und Geschoßwohnungen), die Reduktion des Bestandes an billigen Altwohnungen (Stadterneuerungsaktivitäten), das verzögerte "natürliche" Freiwerden von Wohnungen durch längere Lebenserwartung, die verstärkte Zuwanderung, steigende Scheidungsziffern und eine stärkere Nachfrage durch die Babyboomjahrgänge der sechziger Jahre.

Diese Trends werden sich in Zukunft verstärken, da es voraussichtlich mehr Geschiedene, Alleinerziehende, Zweitwohnungsbesitzer und Zuwanderer, aber weniger billige Altwohnungen geben wird. Bis zum Jahre 2001 müßten bei Szenario I (vgl. oben) jährlich 66.000 Wohnungen, nach dem Jahre 2001 bis 2011 jährlich 52.000 Wohnungen errichtet werden (die Wohnbauleistung müßte um zwei Drittel gesteigert werden); bei Szenario II wären 55.000 bzw. 38.000 Wohnungen/Jahr notwendig und selbst bei Szenario IV müßten 46.000 bzw. 28.000 Wohnungen/Jahr errichtet werden (mehr als in den achtziger Jahren). In Westösterreich und Oberösterreich werden auf jeden Fall mehr Wohnungen gebaut werden müssen (+90 % bis +30 %); in Südösterreich müßte die Bauleistung um 30 % bis 40 % steigen, in Ostösterreich würde eine starke Zuwanderung eine Zunahme der Wohnbauleistung um 50 % erfordern. Bis zum Jahre 2011 müßten – je nach Szenario – also zwischen 1,18 und 0,74 Mill. Wohnungen errichtet werden. Dabei ist aber der aktuelle Fehlbestand nicht berücksichtigt.

Das Resümee der Studie des Instituts für Demographie unterstreicht die Auffassung, daß in einem zukünftigen Europa der offenen Grenzen die internationale Ein- und Auswanderung zur "neuen Normalität" gehören müßte. Wie die Prognoseergebnisse belegen, ergeben sich dabei jedoch vielfältige Anforderungen an die regionale Entwicklung. Die in einer Enquete im Parlament vorgestellten Ergebnisse dieser Untersuchung fanden ein überraschend positives Echo in der Öffentlichkeit (ÖROK 1991a).

In einer Studie des Österreichischen Instituts für Wirtschaftsforschung (WIFO) wird die Gesamtnachfrage nach Wohnungen in Österreich bis 2000 in 3 Varianten prognostiziert (CZERNY 1992). Angenommen wurde, daß bei allen Varianten der Ausländerzufluss auf 30.000 Zuwanderer pro Jahr begrenzt werden kann. Während Variante 1 auf der Grundlage der Verhältnisse der letzten Jahre berechnet worden ist, geht Variante 2 davon aus, daß Wohnbevölkerung, Einkommen und Wohnungsbestand parallel wach-

sen, die bestehende Angebotslücke aber aufrecht bleibt. Diese Lücke wird bei Variante 3 geschlossen und erfordert eine grundlegende Änderung der Wohnbaupolitik. Die Ergebnisse zeigt Tabelle 1.

Investitionen für	1990	Variante 1	Variante 2	Variante 3
Neubau	37	45	90	115
Erneuerung	12,5	15,2	17,4	18,6

Tabelle 1: Jährliche Investitionen in den Wohnungsbau Österreichs bis zum Jahre 2000 in Mrd. öS (CZERNY 1992)

Aus diesen Prognoseansätzen geht hervor, daß in der österreichischen Wohnbaupolitik ein radikaler Wandel eintreten muß, um vor allem die stark steigende quantitative Nachfrage zu befriedigen. Erforderlich wären: (1) Stadterneuerung muß im Interesse der notwendigen Stadterweiterung zurückgenommen werden. (2) Der durch anhaltende qualitative Erneuerungsmaßnahmen schmaler gewordene Angebotssektor für finanzschwächere Bevölkerungsgruppen muß rasch ausgeweitet werden. (3) Die bestehenden Wohnbauförderungsmaßnahmen müssen den geänderten Anforderungen und den begrenzten Mitteln der Nachfrageseite angepaßt werden. Die derzeit von den Ländern gewährte Höhe der Wohnbauförderung wird ebenso zu prüfen sein, wie das Förderungsmaß und der Förderungsanteil für Einfamilienwohnhäuser im Verhältnis zum Geschößwohnungsbau. Das neu zu gestaltende Mietrecht sollte zu einer Flexibilisierung des Wohnungsmarktes beitragen, auf Miethöhen dämpfend wirken und das Horten von Wohnungen erschweren. Eine Maßnahme in die richtige Richtung ist das Förderungsverbot für Zweitwohnungen.

5. SZENARIEN FÜR DEN ÖSTERREICHISCHEN FREMDENVERKEHR BIS 2000

Friedrich ZIMMERMANN (1989) vom Institut für Geographie der Universität Klagenfurt hat Modellrechnungen und Szenarien für die Entwicklung des Fremdenverkehrs erarbeitet, die unter dem Titel "Ende des Wachstums und Umbau des Fremdenverkehrs" standen. Neben einem sehr pessimistischen "Deutschland-Szenario", das für die Periode 1984/85 bis 2000 einen Rückgang von 9 Mill. (oder rund 20 %) Übernachtungen auf 47 Mill. Touristen aus der Bundesrepublik Deutschland erwartet, und einem "West-Szenario" mit erwarteten 79,5 Mill. Nächtigungen (+5 % gegenüber 1984/85) wurde auch ein "Ost-Szenario" beschrieben, das von den neuen Nachfragegruppen bei Wettbewerbsvorteilen durch günstige Auto-Erreichbarkeit österreichischer Standorte ausgeht. Für Ungarn wird eine Verzehnfachung der Nachfrage auf 5 Mill. und für die anderen osteuropäischen (im Bereich des ehemaligen RGW) Staaten der ehemaligen RGW-Staaten eine weitere Nachfrage von 1 Mill. Übernachtungen erwartet. Auf die Tendenz zu billigeren Quartieren wird besonders hingewiesen.

Nach der Fremdenverkehrsstatistik 1991 hat sich die Zahl der Nächtigungen in Österreich auf über 130 Mill. erhöht. Die Zuwächse seit 1988 (12 Mill. Nächtigungen) gehen weitgehend auf den Ausländertourismus zurück. Zwei Drittel davon entfallen auf Deutschland, während sich die Anteile der Reformstaaten (ZOR-Staaten) auf bescheidenem Niveau nur wenig verändert haben; die ungünstige Wirtschaftsentwicklung läßt eher aus diesen Regionen einen Rückgang des Nächtigungstourismus erwarten.

6. ANNAHMEN ZUR KÜNFTIGEN VERKEHRSENTWICKLUNG

Den Auswirkungen der Grenzöffnung im Osten auf das Verkehrsgeschehen in Österreich wird im Österreichischen Verkehrskonzept 1991 besonderes Augenmerk geschenkt (BUNDESMINISTERIUM FÜR ÖFFENTLICHE WIRTSCHAFT UND VERKEHR 1991). Grundtenor ist die Sorge, daß auf Ostösterreich die gleiche Verkehrsflut hereinbricht, wie dies in Westösterreich in den letzten 20 Jahren der Fall war.

Dabei werden vor allem folgende Probleme gesehen:

1. Die bis 1989 bestehenden Beschränkungen für Reisende aus den ZOR-Staaten in den Westen und die unerschwinglichen Preise für westliche öffentliche Verkehrsmittel führten trotz der kaum befriedigten Nachfrage nach Autos (Wartezeiten bis zu 7 bis 10 Jahren) zu ausgeprägten Auto-Reisewellen, die zunächst auf Ostösterreich, dann auch auf West- und Südösterreich sowie andere mittel- und westeuropäische Staaten ausgerichtet waren; der Einkaufstourismus der ersten Jahre wird nun zunehmend vom Kultur- und Erholungstourismus abgelöst werden. So hat die Zahl der nach Österreich einreisenden Ausländer zwischen 1985 und 1990 insgesamt um 50 % auf 196 Mill. Personen zugenommen. Die Einreisen aus Ungarn stiegen um 465 %, aus der Tschechoslowakei um 2.840 % auf 23,5 Mill. Personen. Da sich die Zahl der Übernachtungen von Einreisenden aus der Tschechoslowakei zwischen 1988 und 1991 um 150 % auf 345.000 erhöhte, jene von Ungarn bei ca. 500.000 bis 600.000 Übernachtungen stagnierte bzw. leicht rückläufig war, geht der Großteil der Fahrten auf Ausflugsfahrten bzw. auf längere Fahrten mit nicht registrierten Nächtigungen zurück.
2. Das Angebot für den grenzüberschreitenden öffentlichen Personenverkehr kann wegen mangelnder Wirtschaftskraft dem stark gestiegenen Bedarf nicht angepaßt werden. Auch das Hauptstreckennetz der Bahn der östlichen Nachbarstaaten erreicht nicht annähernd das Niveau Österreichs oder anderer westeuropäischer Staaten. Daher ist das "Verlagerungspotential" von der Straße auf die Schiene minimal, da die Streckenkapazität auf den internationalen Routen weitgehend ausgeschöpft ist.
3. Der Güterverkehr wurde bisher überwiegend auf der Schiene abgewickelt. Ein stark steigender Außenhandel muß somit zwangsläufig zunehmend auf die Straße abwandern, wobei die Unpaarigkeit des Verkehrs und der hohe Leerfahrtenanteil eine

gewisse Transportreserve darstellen. Der Außenhandel Österreichs mit Ungarn und der Tschechoslowakei hat zwischen 1988 und 1991 (bezogen auf das 1. Halbjahr) einen Wertzuwachs von 107 bzw. 146 % erfahren. Gleichzeitig hat aber das Transportaufkommen mit Ungarn nur um 11 % zu-, das mit der Tschechoslowakei sogar um 20 % abgenommen, da der Anteil der Brennstoff- und Grundstofftransporte deutlich zurückgegangen ist und durch den Transport von Maschinen und Konsumgütern gewichtsmäßig nicht kompensiert werden konnte.

4. Die Verkehrspolitik Österreichs ist wesentlich stärker auf eine umwelt- und sozialverträgliche Verkehrsabwicklung ausgerichtet als die der östlichen Nachbarstaaten. Die Anpassung der verkehrspolitischen Ziele dieser Staaten ist eine wichtige Aufgabe.

Für die Ostregion in Österreich mit Wien als seinem Zentrum wurden von W. ROSINAK und S. SNIZEK (1989) im Auftrag der Planungsgemeinschaft Ost zwei Szenarien der künftig zu erwartenden Entwicklung des Personen- und Güterverkehrs bis zum Jahre 2010 erarbeitet. Die Szenarien bilden mögliche Entwicklungsextreme und zwar bezogen auf Integration und Stagnation ab. Das Szenario "*Integration*" geht davon aus, daß in Osteuropa Demokratisierung und Strukturreformen fortschreiten, die europäische Integration auf Osteuropa ausgedehnt wird, der wirtschaftliche Aufschwung nach einer kurzen Übergangskrise eintritt, Realeinkommen und Ost-West-Handel rasch wachsen, das Warenangebot westeuropäischen Standard erreicht, Lohn- und Preisdifferenzen zum Westen ausgeglichen werden, die Motorisierung sich westlichen Werten annähert, ein reger Touristenverkehr zwischen Ost und West entsteht und die Abwanderung weitgehend durch Berufspendelwanderung ersetzt wird. Das Szenario "*Stagnation*" geht davon aus, daß Demokratisierungs- und Liberalisierungsprozesse unterbrochen und der Strukturwandel zum Teil rückgängig gemacht werden, Konjunkturreinbrüche und Schuldenkrisen den Elan der Reformen bremsen, das Bruttonationalprodukt zum Teil dramatische Rückgänge aufweist, der Ost-West-Handel auf früherem, zu niedrigerem Niveau verharrt, die Mitwirkung am europäischen Binnenmarkt und an der internationalen Arbeitsteilung verzögert wird, Auswanderungs- und Flüchtlingswellen nach Westen kommen und schließlich Motorisierung und Tourismus begrenzt bleiben. Diese detaillierte Beschreibung zeigt, daß das Verkehrsaufkommen im Szenario "*Integration*" gewaltige Zuwachsraten im Personen- und Güterverkehr aufweisen muß, während das Szenario "*Stagnation*" die Verhältnisse vor Öffnung der Ostgrenze fortschreibt.

Auf den Haupttrouten wird im Straßenpersonenverkehr beim Szenario "*Integration*" eine Verdrei- und Vervielfachung des Verkehrsvolumens erwartet, im Straßengüterverkehr aufgrund der geringen Ausgangszahlen sogar eine Verzehnfachung. Im Schienenverkehr ergeben sich laut der Prognose nur geringe Verkehrszuwächse (im Personenverkehr bis zu 100 %, im Güterverkehr bis zu 130 %). Für das künftige Verkehrsaufkommen wurden auch verschiedene Annahmen zur Verkehrsmittelwahl gegenübergestellt, die beweisen, daß eine völlig freie Verkehrsmittelwahl auf Dauer unmöglich ist und Kapazitätsgrenzen zu berücksichtigen sind.

Die Entwicklung der letzten drei Jahre hat aber deutlich gemacht, daß die den Verkehrsmengen zugrundeliegenden Wirtschaftsdaten bei weitem nicht so günstig sind und daß trotz Grenzöffnung und steigender Wirtschaftskooperation (vor allem mit Ungarn und der Tschechoslowakei) die ökonomischen Einbrüche gravierend sind, sodaß erst in einigen Jahren das Wirtschaftsniveau des Jahres 1989 wieder erreicht werden kann.

Die bisher erarbeiteten Szenarien haben aber auch gezeigt, daß für den "Ostverkehr" eigene Maßnahmenprogramme erforderlich sind. Diese sollten mit den Planungen und Maßnahmen der Nachbarstaaten abgestimmt werden und vor allem folgende Bereiche betreffen: Organisation und Logistik der Bahn, Ausbau der Bahnverbindungen, z.B. Wien-Budapest und Wien-Prag (dafür sind in Österreich für Infrastrukturmaßnahmen rund 4,5 Mrd. öS vorgesehen), Maßnahmen im Straßenverkehr (beschränkter Ausbau der Straßen, Ortsumfahrungen, Netzanschlüsse bei Autobahnen), für die Donauschifffahrt (Terminals, Industrieansiedlung, Sicherung einer Fahrwassermindesttiefe von 2,5 m) und den Flugverkehr (Bratislava als Ausweichflughafen für Wien) und verkehrspolitische Maßnahmen (Nachtfahrverbote für Straßentransporte; Begünstigungen für umweltfreundliche Lastkraftwagen; Förderung des öffentlichen Verkehrs und des kombinierten Verkehrs; Einhebung von Straßenbenutzungsgebühren nach dem Territorialprinzip; Tarifpolitik).

7. KONZEPTE ZUR ENTWICKLUNG DER ÖSTERREICHISCHEN "OSTGRENZREGIONEN"

Die neuen Rahmenbedingungen in Europa eröffnen auch Entwicklungsmöglichkeiten für jene österreichischen Regionen entlang der Staatsgrenze, die während einer langen Zeit durch die "tote Grenze" benachteiligt waren. Diese Möglichkeiten wurden vom ÖSTERREICHISCHEN INSTITUT FÜR RAUMPLANUNG (1992a) eingehend analysiert, wobei von der zentralen Frage ausgegangen wurde, welche Chancen durch die Liberalisierung der Wirtschaft in den östlichen Nachbarstaaten und die Grenzöffnung für die österreichischen Grenzregionen entstehen, die durch regionale Wirtschaftspolitik, Infrastruktur- und Raumordnungsmaßnahmen für eine positive Entwicklung genutzt werden können. Bei der Auswahl der Entwicklungsszenarien wurde in vier Szenarien von je zwei Entwicklungsalternativen in West und Ost ausgegangen (vgl. Tabelle 2):

	Weststrategie aktiv/offensiv	Oststrategie passiv/defensiv
Entwicklungspfad: stabil/positiv	Szenario "Europa II"	Szenario "Euro-Peripherie"
Entwicklungspfad: instabil/negativ	Szenario "Euro-Krisenmanagement"	Szenario "Dritte Welt/Chaos"

Tabelle 2: Grundstruktur der vier Entwicklungsszenarien für die europäischen Reformländer

Szenario "Europa II" bedeutet, daß der stabile und positive Entwicklungspfad in den ZOR-Staaten durch eine aktive Strategie des Westens unterstützt wird. Szenario "Euro-Peripherie" stellt eine positive Entwicklung in den ZOR-Staaten dar, die durch eine defensiv-abwartende Haltung des Westens verlangsamt oder abgeschwächt wird. Szenario "Euro-Krisenmanagement" geht von einem instabilen Reformweg im Osten und einer aktiv-unterstützenden Strategie des Westens aus. Szenario "Dritte Welt/Chaos" kombiniert negative Tendenzen im Osten mit passivem Verhalten des Westens.

Die Analyse ergab, daß – unabhängig vom Szenario – in den nächsten 10 Jahren die Unterschiede in der Wirtschaftskraft zwischen West- und Osteuropa, gemessen am Bruttoinlandsprodukt (BIP) zunehmen werden; erst danach ist ein Aufholen möglich. In den ersten Jahren des Reformprozesses wird das BIP gegenüber 1989 real um 20-30 % zurückgehen. Eine echte Verringerung des Entwicklungsabstandes zwischen West und Ost ist in den nächsten 15 Jahren nur im Szenario "Europa II" zu erwarten. Die Entwicklungschancen für den Außenhandel sind von Anfang an besser; eine liberale (reziproke) Haltung des Westens gegenüber Einfuhren aus den Reformländern wird als Schlüsselement für deren weitere wirtschaftliche Entwicklung angesehen. Die Länder Ungarn, Tschechoslowakei, Slowenien und Polen haben in der genannten Reihenfolge die besten Entwicklungsaussichten und am ehesten die Chance, dem Szenario "Europa II" nahezukommen; in allen anderen Reformstaaten ist die Entwicklung ungünstiger, sodaß von einem "Osteuropa der zwei Geschwindigkeiten" auszugehen sein wird. Über die Auswirkungen der Teilung der Tschechoslowakei ab 1. Jänner 1993 gibt es derzeit nur sehr vorsichtige Bewertungen.

Das Österreichische Institut für Raumplanung charakterisiert die zu erwartende Situation an der Grenze zwischen Österreich und den benachbarten Staaten Tschechien, Slowakei, Ungarn und Slowenien wie folgt:

1. Selbst bei günstigen Entwicklungen bleibt mittel- bis langfristig ein beträchtliches Wohlstandsgefälle bestehen.
2. Innerhalb der nächsten 15 bis 20 Jahre muß mit einem deutlichen Preisgefälle und Differenzen im Lohnniveau gerechnet werden; eine Annäherung an Verhältnisse in Westösterreich ist nicht zu erwarten.
3. Der Druck in Richtung Pendelwanderung, Saisonbeschäftigung und Migration in den Westen wird schon kurzfristig ansteigen.
4. Gemeinsam mit der Entwicklungsschwäche der österreichischen Grenzgebiete sind die regionalen Wohlstandsgefälle der benachbarten Regionen deutlich kleiner als auf nationaler Ebene.
5. Die grenznahe Lage von Bratislava mit beinahe einer halben Mill. Einwohnern stellt einen regionalen Sonderfall dar.

Diese Rahmenbedingungen wirken sich aber nach Meinung des Gutachters unterschiedlich aus. Deshalb werden vier Grenzregionen mit spezifischer Charakterisierung und unterschiedlichen Ausgangsbedingungen abgegrenzt:

1. Mühlviertel, Waldviertel, Weinviertel - Südböhmen, Südmähren

Auf österreichischer wie tschechischer Seite dominieren ländlich-periphere Gebiete, die auf beiden Seiten durch regionale oder überregionale Zentren (Linz, Wien, Brünn) versorgt werden. Für das oberösterreichische Mühlviertel wird die Schaffung einer "naturnahen" grenzüberschreitenden Fremdenverkehrsregion angestrebt. In Niederösterreich soll im Raum Gmünd-Česke Velenice ein grenzüberschreitendes Technologie- und Gewerbezentrum Ansatzpunkt für eine eigenständige Regionalentwicklung werden.

Außerdem wurde vom INSTITUT FÜR EMPIRISCHE SOZIALFORSCHUNG (IFES) (1991) ein Entwicklungsmodell für die Region Gmünd-Česke Velenice erarbeitet, das auf den "regionalen Potentialen" natürlicher ökologischer Ressourcen, Arbeitskräften und der Verkehrslage (an den Achsen Wien - Prag und Linz - Brünn) fußt. Als Wachstumssektoren werden der produktionsnahe Dienstleistungssektor und der Tourismus angesehen. Kooperationsmöglichkeiten werden für die Bereiche Landwirtschaft, Tourismus, Industrie und Gewerbe, Verkehr, Ökologie und Bildung gesehen, was auch die Siedlungsentwicklung beeinflussen wird. Im Bereich des oberen Thayatales sind die Vorarbeiten zu einem grenzüberschreitenden Nationalpark weit gediehen. Ökologische Ausgleichsräume sollen entwickelt werden.

2. Donaoraum mit Wien, Bratislava, Győr, Sopron

In dieser Region liegen Wien vom Rang einer "Weltstadt" und Bratislava, die Hauptstadt der Slowakei, und wichtige Städte Westungarns eng beisammen und konzentrieren Bevölkerung, Wirtschaft, Verwaltung und Kultur in einem infrastrukturell hochwertig erschlossenen Gebiet. Diese Region zählt zu den auch international anerkannten Hoffnungsträgern, wie von der Europäischen Gemeinschaft und vom Europarat finanzierte Projekte belegen, die "Brückenköpfe" einer grenzüberschreitenden Regionalpolitik schaffen sollen.

Eine aktuelle Studie des ÖSTERREICHISCHEN INSTITUTS FÜR RAUMPLANUNG (1992b) definiert den Handlungsbedarf für die Region zwischen Wien und Bratislava wie folgt:

1. Herstellung eines entwicklungs- und ordnungspolitischen Konsenses über die Entwicklungsspielräume.
2. Sicherung einer gemeinschaftlichen Siedlungspolitik und von Siedlungsgrenzen.
3. Forcierter Infrastrukturausbau mit Priorität für die Bahn sowie
4. Einbindung in ein regionales Entwicklungsprogramm zur Vorbereitung der Teilnahme an Entwicklungsprogrammen der Europäischen Gemeinschaft.

Als denkbare Entwicklungspfade werden drei Perspektiven der räumlichen Entwicklung dargestellt:

- a) Status quo (alles bleibt beim alten!),
- b) zentrumsorientiertes Wachstum mit nachhaltiger Entwicklung und
- c) ressourcenorientiertes Wachstum mit kurzfristiger Expansion.

Dabei wird aber keine der drei Varianten ausgeprägt präferiert. Der größte Handlungsbedarf ergibt sich bei Variante c), da innerhalb von 10 Jahren starke Entwicklungsschübe zu bewältigen wären.

3. Burgenland - Westungarn

Hier stoßen auf österreichischer Seite vorwiegend periphere Gebiete mit dynamischen westungarischen Gebieten zusammen. Durch die Überwindung der durch die Volksabstimmung von 1919 begründeten Trennung der westungarischen Zentren Sopron und Szombathely (Steinamanger) von ihrem westlichen Hinterland wird eine für beide Seiten vorteilhafte Entwicklung angestrebt, die von einem grenzüberschreitenden National-/Naturpark Neusiedlersee im Norden bis zur Tourismuskoooperation im Süden reicht, oder auf der gemeinsamen Thermalwassernutzung sowie auf der regionalen und lokalen Kooperation zahlreicher Produktionsbetriebe fußt. Auch hier bestehen Bemühungen, grenzüberschreitende oder kooperierende grenznahe Industrie- und Gewerbezentren einzurichten. Durch die Schaffung derartiger Zentren in Győr und Szombathely können die angestrebten Vorteile für Österreich in einer ersten Phase nicht wahrgenommen werden. Der hohe Anteil österreichischer Firmen an Joint-ventures in Ungarn (25 % von insgesamt 70.000, von denen fast 90 % in den Jahren 1990 und 1991 entstanden sind) belegt die intensive wirtschaftliche Zusammenarbeit.

Die Einrichtung eines "Regionalparlaments" von Burgenland und den westungarischen Komitaten im Herbst 1992 kennzeichnet das Bemühen um möglichst frühzeitige und kontinuierliche Abstimmung in Fragen gegenseitigen Interessens. Die anhaltende Diskussion um den endgültigen Aufgabenbereich der Komitate wird eine längere Anlaufphase bewirken.

4. Südsteiermark - Slowenien

Diese Region zeigt, daß eine weitgehend offene Grenze nicht automatisch zu nennenswerten Verflechtungen führt. Die Beziehungen konzentrieren sich derzeit auf den Arbeitsmarkt und den grenzüberschreitenden Einkaufsbereich. Hier sind die Bemühungen um die Definition von Kooperationspotentialen zu intensivieren.

Man muß P. SCHNEIDEWIND (1991) zustimmen, daß Grenzräume immer Gefahr laufen, am Rande des politischen Interesses zu stehen oder in eine neue Konkurrenzsituation geraten, vor allem wenn jenseits der Grenze neue Konkurrenten um Märkte und

Investitionen entstehen, oder "von der Sackgasse zum Durchhaus" werden, was auch für Entwicklungschancen gilt (a.a.O., S. 57). Für eine langfristig orientierte Regionalpolitik ergeben sich daher mehrere bedeutende Optionen:

1. Grenzland ist Brückenkopf für Aktivitäten; Investitionen der Unternehmen und der öffentlichen Hand sind daher verstärkt in periphere Grenzregionen zu lenken.
2. Grenzland kann Brückenkopf für grenzüberschreitende Beratungsleistungen und Know-How-Transfer werden.
3. Grenzland bietet bei Öffnung besondere Chancen für den Arbeitsmarkt; hiezu bedarf es aber besonderer Regelungen für Grenzgänger, unerwünscht starke einseitige Arbeitsmigration und zur Beherrschung des illegalen Arbeitsmarktes.
4. Grenzland bietet auch Chancen für den Aufbau ökologischer und kultureller Kooperationen sowie für gemeinsame Nutzung grenznaher Einrichtungen und
5. die Grenzlandöffnung bietet auch Chancen, "die Öffnung äußerer Grenzen zum Abbau der inneren Grenzen" zu nutzen (SCHNEIDEWIND 1991, S. 59 ff.).

8. SCHLUSSBEMERKUNGEN

Die dargestellten Einschätzungen spiegeln die Erwartungshaltungen von Experten unterschiedlicher Fachrichtungen wider und sind wegen des kurzen Beobachtungszeitraumes mit erhöhten Unsicherheiten behaftet.

Das größere Maß an Unsicherheit resultiert jedoch aus den grundlegenden kurzfristigen, politischen, rechtlichen und ökonomischen Veränderungen in den östlichen Nachbarstaaten. Allgemein ist festzustellen, daß die aus der Grenzöffnung erwarteten positiven Effekte langsamer, vielfach mit einer vorgeschalteten negativen Entwicklungsrichtung erfolgen und so bereits wieder Korrekturen an Prognosen erforderlich machen, die aber auf keiner stabilen Bewertung von Entwicklungen aufbauen können.

Trotz aller unerwarteter, auch negativer Tendenzen dürfen aber die großen Chancen nicht unterbewertet werden, die geöffnete Grenzen jetzt ermöglichen. Für Österreich als einem Teilnehmer am großen (west-)europäischen Wirtschaftsraum der Europäischen Gemeinschaft, dem Europäischen Freihandelsabkommen sowie dem in nächster Zeit zu erwartenden großen Europäischen Wirtschaftsraum geht es besonders darum, die bestehenden Unterschiede in den Sozial-, Umwelt- und Wirtschaftsstandards sowie die großen institutionellen Unterschiede zu den ehemaligen Staaten "Osteuropas" abzubauen zu helfen. Nachbarschaftshilfe ist gleichzeitig auch Selbsthilfe! Es ist daher hinsichtlich der erforderlichen regionalpolitischen Maßnahmen weniger wichtig, wie groß der nächste Schritt gesetzt wird, sondern ob seine Richtung stimmt.

9. LITERATURVERZEICHNIS

- BUNDESMINISTERIUM FÜR ÖFFENTLICHE WIRTSCHAFT UND VERKEHR (1991), Das Österreichische Gesamtverkehrskonzept 1991. Wien.
- CZERNY M. (1992), Gesamtnachfrage und Erneuerungspotential der Wohnungswirtschaft bis 2000. Österreichisches Institut für Wirtschaftsforschung, Wien.
- INSTITUT FÜR EMPIRISCHE SOZIALFORSCHUNG (1991), Entwicklungsmodelle für die Region Gmünd-Česke Velenice. Wien (als Manuskript vervielfältigt).
- ÖSTERREICHISCHES INSTITUT FÜR RAUMPLANUNG (1992a), Szenarien zur Ost-Grenzöffnung und deren Auswirkungen auf die österreichischen Ost-Grenzregionen. In: Schriften zur Regionalpolitik und Raumplanung des Bundeskanzleramtes, Nr. 20. Wien.
- ÖSTERREICHISCHES INSTITUT FÜR RAUMPLANUNG (1992b), Die Region zwischen Wien und Bratislava. Perspektiven der räumlichen Entwicklung. Wien.
- ÖROK (Österreichische Raumordnungskonferenz)(1975), Die Grenzgebiete Österreichs. In: ÖROK-Schriftenreihe, Nr. 7. Wien.
- ÖROK (1978), ÖROK-Regionalpolitik in den Ost-Grenzgebieten. In: ÖROK-Schriftenreihe, Nr. 13. Wien.
- ÖROK (1988), Regionale Haushaltsprognose bis 2011 nach Strukturmerkmalen. In: ÖROK-Schriftenreihe, Nr. 70. Wien.
- ÖROK (1989), Regionale Arbeitsmarktentwicklung in Österreich; Modellrechnungen für 1991 und 2001. In: ÖROK-Schriftenreihe, Nr. 73. Wien.
- ÖROK (1990), ÖROK-Bevölkerungsprognose II, Neudurchrechnungen 1981-2011, Modellrechnungen 2011-2031. In: ÖROK-Schriftenreihe, Nr. 79. Wien.
- ÖROK (1991a), Offene Grenzen - Neue Aufgaben für die Regionalpolitik. In: ÖROK-Schriftenreihe, Nr. 94. Wien.
- ÖROK (1991b), Die Auswirkungen der internationalen Wanderungen auf Österreich. Szenarien zur regionalen Bevölkerungsentwicklung 1991-2031. In: ÖROK-Schriftenreihe, Nr. 89. Wien.
- ROSINAK W., SNIZEK S. (1990), Verkehrsentwicklung Ost-Region und Konsequenzen für das hochrangige Verkehrsnetz. In: Planungsgemeinschaft Ost (Burgenland, Niederösterreich, Wien). Berichte und Veröffentlichungen 1/1990, S. 20-23. Wien.
- SCHNEIDEWIND P. (1991), Neue Chancen für das Grenzland. In: Offene Grenzen - neue Aufgaben für die Regionalpolitik. In: ÖROK-Schriftenreihe, Nr. 94, S. 55-60. Wien.
- ZIMMERMANN P. (1989), Ende des Wachstums und Umbau des Fremdenverkehrs. Szenarien und Modellrechnungen zum österreichischen Fremdenverkehr. In: LICHTENBERGER, E. (Hrsg.) (1989), Österreich zu Beginn des 3. Jahrtausends. Raum und Gesellschaft - Prognosen, Modellrechnungen und Szenarien. Wien.

10. SUMMARY

Eduard Kunze: Projections (extrapolations) on the impact of the new political order in Central Europa on the spatial development in Austria

After the breakdown of the "socialistic" (communistic) regimes in the former "East Europe" the new political order in Czechoslovakia, Hungary and in the regions of former Yugoslavia is confronted with important difficulties. There are many circumstances which influence Austria in general and its spatial development. In the article

some important projections (extrapolations) are discussed concerning the impact of migration to Austria from the East and the rapid development of international traffic as an outflow of increasing foreign trade and tourism on the regional development in Austria. Mostly Vienna and its region are influenced and also the border regions in the east of Austria which were underdeveloped for a long time as a result of the closed border (the former "Iron Curtain") of the socialistic regimes. For Austria as a functional part of the great economic region of western Europe, some goals of regional policy have had to be reformulated. In spite of the uncertainty of further developments in Central Europe it is most important for Austria to look for intensive contacts with the neighbouring states in the East and to use opportunities for useful cooperation.

ZOBODAT - www.zobodat.at

Zoologisch-Botanische Datenbank/Zoological-Botanical Database

Digitale Literatur/Digital Literature

Zeitschrift/Journal: [Mitteilungen der Österreichischen Geographischen Gesellschaft](#)

Jahr/Year: 1992

Band/Volume: [134](#)

Autor(en)/Author(s): Kunze Eduard

Artikel/Article: [Prognosen zur räumlichen Entwicklung Österreichs unter den neuen Bedingungen der offenen Grenzen gegenüber den Staaten im östlichen Mitteleuropa 143-158](#)